

Rabenau und Allendorf/Lumda prüfen Gründung eines Verwaltungsverbandes – Land fördert Machbarkeitsstudie mit 30000 Euro



Rabenau/Allendorf (tb). Gut 40 Jahre ist es her, dass im Zuge der hessischen Gebietsreform 2200 von dereinst 2640 Kommunen ihrer Selbstständigkeit »beraubt« wurden. Notwendige Schaffung effizienter Verwaltungseinheiten war mancherorts begleitet von Skepsis, Kritik, zuweilen auch von massiven Protesten – nicht nur, aber vor allem aus der gescheiterten der Stadt Lahn. Ob dieser Erfahrung heißt es denn auch aus der heutigen Landesregierung: »Ja, wir fördern grundsätzlich Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ). Ja, auch Fusionen, die aber nur auf freiwilliger Basis.« Jüngst im Odenwald, rund um die Stadt Beerfelden, kam es seit langer, langer Zeit wieder mal dazu.

Ganz so weit will im Kreis Gießen derzeit (noch) kein Kommunalpolitiker

gehen. Nach eher punktuellen Kooperationen zahlreicher Gemeinden in den Bereichen Verwaltung und Entsorgung, Tourismus, Kassenwesen, Ordnungs- oder Standesamt haben Lich und Laubach jüngst die Gründung eines Verwaltungsverbandes, beginnend mit der Fusion der Finanzabteilungen, beschlossen. Die Verbandslösung lässt die Entscheidungshoheit beider Kommunalparlamente, inklusive Haushaltsrecht, unberührt. Dennoch: Im Gießener Land ist dies die bisher weitreichendste IKZ-Variante.

Dem Vorbild folgen könnten jetzt Rabenau und Allendorf/Lumda. Ziel auch hier: mehr Effizienz und Qualität in allen Verwaltungsbereichen, Ausschöpfen von Synergieeffekten – Einsparungen. Anders als Lich und Laubach jedoch schalten die Lumdataler eine externe Prüfung vor. Die Kosten trägt komplett das Land. Entsprechenden Bewilligungsbescheid überreichte gestern Claus Spandau, Leiter des hessischen IKZ-Kompetenzzentrums, an Allendorfs Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause und ihren Rabenauer Amtskollegen Kurt Hillgärtner.

Übergeordnetes Ziel der Studie ist die »Schaffung einer zukunftsfähigen Verwaltungs- und Kommunalstruktur«. Untersucht werden dafür aktuell gegebene Organisationsstrukturen und Aufgaben beider Verwaltungen, Aspekte wie Stellenbemessung, steu-

erliche und juristische Fragen. Tipps zur Öffentlichkeitsarbeit sind im Preis inbegriffen. Der Politik vor Ort soll damit eine fundierte Entscheidungshilfe an die Hand gegeben werden.

Beide Gemeinden, das sei betont, haben bereits zwei vom Land geförderte IKZ-Projekte (Kasse/Feuerwehr) umgesetzt. Nun angestrebter Verband ist für beide Bürgermeister der sinnhafte nächste Schritt. Hillgärtner: »Gerade in Zeiten, da Kleinstkommunen wie wir nicht mehr die Mittel haben, um unsere

Aufgaben wie bisher zu erledigen, da wir auch nicht die Steuern immer weiter anheben können, in diesen Zeiten müssen wir neue Lösungen suchen.« Dass für ihn am Ende des sicher schwierigen Wegs die Fusion stehen sollte, freilich bei Wahrung der Identität

der Gemeinwesen, daraus machte Hillgärtner keinen Hehl.

Der Verband, etwa dank Erledigung von Verwaltungsaufgaben durch eine statt zwei Abteilungen, generiere schon mal freie Mittel, die beide Kommunen dringend für den Erhalt ihrer Infrastruktur bräuchten. Die Mitarbeiter, so Hillgärtner, würden in diesen Prozess selbstverständlich eingebunden.

Den Zwang, die Verwaltung zu optimieren, Kooperationen zu suchen, betonte ebenso Bergen-Krause; dies auch wegen der begrenzten Personalressourcen. Für sie ist die Studie zunächst eine Entscheidungshilfe, ob aber am Ende der Verband stehe, das bleibe abzuwarten – ist Sache des Stadtparlaments. Dass nicht zuletzt die Bürger den Weg mitgehen müssten, darin war sie sich mit ihrem Vorredner einig.

Wiesbaden messe der Interkommunalen Zusammenarbeit immer mehr Bedeutung bei, habe mithin die Fördermittel stetig erhöht, bat Spandau zu beachten. Bei einem Gemeindeverwaltungsverband etwa gewähre das Land für jede Gemeinde 150000 Euro. Unbürokratisch, einzige Voraussetzung sei eine Einsparquote von 15 Prozent. Schließlich seine Argumentationshilfe für die Politiker im Lumdata: »Machen Sie den Bürgern deutlich, dass es dabei auch um ihr Geld geht.« (Fotos: tb)

„Machen Sie den Bürgern deutlich, dass es dabei auch um ihr Geld geht“

IKZ-Beauftragter Spandau

